

Sparkassen Zeitung



www.sparkasse.at



Interview
Gespräch mit dem neuen IHS-Chef Christian Keuschnigg über den Stabilitätspakt
>> Seite 3



Ratings herabgesetzt
Die Erste Group bleibt aber trotzdem in der „oberen Mittelklasse“.
>> Seite 4



Stresstest für KMU
Neues Tool, mit dem Unternehmen ihre betriebswirtschaftliche Situation überprüfen können
>> Seite 6



© André Bauder

Meine Meinung



Keine Chance für „Voyeure“

Die Finanzkrise der Jahre 2008/09 und die aktuelle Staatsschuldenkrise werden eine sehr unerfreuliche Altlast hinterlassen: Vertrauensschwund. Praktisch jede einschlägige Untersuchung zeigt, dass Sparer und Anleger derzeit von einem ausgeprägten Sicherheitsbedürfnis bestimmt sind. Das Thema Realverzinsung ist vorerst aus der Mode, es geht dem Bürger primär um die absolute Sicherung der nominellen Veranlagungen.

Wahrscheinlich war das Anlegerverhalten seit Jahrzehnten nicht so konservativ wie jetzt. Umso wichtiger ist es, alles zu vermeiden, was neue Unsicherheiten in die Märkte bringt.

Allein deshalb ist es wichtig, die Bastion österreichisches Bankgeheimnis mit allen Mitteln zu verteidigen.

Der amtierenden Finanzministerin Maria Fekter ist deshalb zu danken, dass sie diese Position in der ihr eigenen Unmissverständlichkeit in Brüssel bzw. innerhalb der Währungsunion vertritt. Sie hat bereits mehrmals klargestellt, dass Österreich nicht bereit ist, das Bankgeheimnis mit mehr oder minder versteckten Gucklöchern zu unterlaufen.

Die geltende Regelung gibt dem Sparer die Sicherheit, dass beamtete Voyeure im monetären Schlafzimmer unserer Bürger nicht beliebig aus und ein gehen können. Es gehört zu den Rechten der Bürger, dass selbst in Zeiten des fortschreitenden Exhibitionismus in allen Lebenslagen zumindest die finanzielle Intimsphäre gewahrt bleibt.

Auch wenn es immer wieder fälschlich behauptet wird: Das ist kein Schutzmechanismus für Steuerhinterzieher, sondern eine wohlverstandene vertrauensbildende Maßnahme. Die Voraussetzungen für das Durchbrechen des Bankgeheimnisses sind genau geregelt. Im Wesentlichen sind das für ausländische Behörden, die um Amtshilfe in Österreich ersuchen, der Verdacht auf Steuerhinterziehung und ein nachweisbarer Konnex zu Österreich.

Auch für die inländischen Kontoinhaber gilt: Nur bei begründetem Verdacht auf Steuerhinterziehung sind Kontoinformationen offenzulegen.

Österreich hat sich stets aus guten Gründen auf internationaler Ebene gegen den automatischen Informationsaustausch ausgesprochen. Nimmt man es mit der Rückgewinnung von Anlegervertrauen in die gesamte Kreditwirtschaft ernst, dann ist jede Aufweichung des Bankgeheimnisses – durch welche Hintertür auch immer – extrem kontraproduktiv.

Auch wir in den Sparkassen sind daher aufgerufen, den Regierungsverantwortlichen in dieser so sensiblen Causa den Rücken zu stärken. Alles andere wäre fahrlässig ...

Michael Ikrath
Generalsekretär des Sparkassenverbandes

Anleger brauchen jetzt Info-Offensive

Thomas Schaufler:
„Wir empfehlen, die Streuung deutlich zu erhöhen.“

Der Vertrauensverlust ist groß, das Sicherheitsdenken dominiert in bisher nicht gekanntem Ausmaß. Selbst Habenzinsen deutlich unter der Inflationsrate werden geduldig hingenommen. Den Sparern geht es primär um den Erhalt des Nominalbetrags. Nur jeder zehnte Österreicher will derzeit in Wertpapiere investieren. Der ideale Zeitpunkt für Anleger, die längerfristig denken, und für eine Informationsoffensive der Sparkassen, die dieses Denken fördert. Ideen gibt es bereits.

Milan Frühbauer

Die Erste Bank Oesterreich hat vor kurzem einen brisanten demoskopischen Befund veröffentlicht. Denn aufgrund der niedrigen Realzinsen für das Sparbuch stellt sich dringend die Frage, ob die Österreicher schon (wieder) bereit wären, auch in Wertpapieren zu veranlagen. Das Ergebnis stimmt sehr nachdenklich: Nur jeder zehnte österreichische Anleger signalisiert große bis mittlere Bereitschaft, in den nächsten zwölf Monaten Wertpapiere zu kaufen. Der Rest lehnt den Kauf von Wertpapieren in nächster Zeit explizit ab. Die Gründe dafür sind im Wesentlichen die Unsicherheiten, hervorgerufen durch die Finanzkrise (84 Prozent), und zu wenig Informationen über Wertpapiere (80 Prozent). „Da liegt offensichtlich ein hartes Stück Informationsarbeit vor uns“,

interpretiert Thomas Schaufler, Wertpapierexperte der Erste Group. Die besten Renditen erziele man als Sparer und Anleger dann, wenn man breit aufgestellt sei. „Alles auf eine Karte zu setzen ist immer falsch“, meint Schaufler. Das gelte ebenso für das Sparbuch wie auch für Wertpapiere.

„Selbst Anleihen werden als Veranlagung mit hohem Risiko empfunden“

Noch vor wenigen Jahren war die Diversifikation in der Veranlagungsstrategie viel stärker akzeptiert. Aber die Krise der Finanzmärkte und die Staatsschuldenkrise

in weiten Teilen des Euro-Raums haben Österreich vor allem in der Breitenstreuung des Wertpapier-Engagements weit zurückgeworfen.

Wertpapier gilt generell als Risikoprodukt

Wenn es um Geldanlage geht, sind die Österreicher derzeit traditionell sehr konservativ. Die Bürger sehen als die drei risikoreichsten Anlageformen Aktien (77 Prozent), Fonds (53 Prozent) und Anleihen (44 Prozent). Sparbuch und Bausparvertrag werden als die sichersten Geldanlageformen wahrgenommen, nur je 5 Prozent sehen hier ein hohes Risiko.

Im Klartext heißt das: Selbst festverzinsliche Wertpapiere wie Anleihen oder die das Risiko gezielt streuenden Fonds werden von den Österreichern als Veranlagungen mit hohem Risiko empfunden und

Name und Anschrift:

SPARKASSEN NEWS

Sparkassen genießen höchstes Vertrauen

Auch heuer sind die Kunden der Sparkassen mit ihrer Bank wieder höchst zufrieden. Das ergab eine Untersuchung des Finanz Marketing Verbands Österreich (FMVÖ) für den „Recommender 2012“. Durch ihn werden jene Institute ausgezeichnet, die besonders oft weiterempfohlen wurden. Die Sparkassen konnten in der Kategorie „Überregionale Banken“ die Bestnote „Exzellente Kundenorientierung“ erzielen (ex aequo mit Hypo, Volksbanken und Raiffeisen). Innerhalb der Gruppe wurden auch die Kärntner Sparkasse in der Kategorie Regionalbanken sowie die s Versicherung in der Kategorie Regional- und Spezialversicherung ausgezeichnet.



Erich Mayer (FMVÖ), Johannes Schuster (RZB), Helmut Wurian (Volksbanken), Christoph Kränkl (Microsoft Österreich), Wilhelm Miklas (Verband der Landeshypothekenbanken), Wilhelm Kraetschmer (Sparkassenverband) und Josef Redl (FMVÖ)

170 Jahre Sparkasse Feldkirch

Die Sparkasse Feldkirch feiert heuer ihren 170. Geburtstag. Als Dank für langjährige Kundentreue wurde vor kurzem zum gemeinsamen Stammkundenabend eingeladen. Auf dem Programm stand mit „Männerabend“ des Vereins Theatermobil eines der derzeit wohl besten Kabarettprogramme im Ländle.



Sparkassenvereinsvorstand Ernst Dejaco, Armin Weber und Gerhard Zuggal (beide Theatermobil) sowie die Sparkassen-Vorstands-Mitglieder Ronald Schrei und Anton Steinberger

Vortrag zur Finanzkrise

Die Sparkasse Kremstal-Pyhrn lud zu einem Vortrag über die Finanzkrise ein. Referent war der Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister. Er kritisierte das „Spardogma“ der Europäischen Union und schlug einen „New Deal“ für Europa vor, da nur Investitionen zur Belebung der Wirtschaft führen.

Waldviertler Sparkasse feiert 170 Jahre

Die Waldviertler Sparkasse von 1842 AG feiert ihr 170-jähriges Bestehen mit zahlreichen Veranstaltungen. So stand der alljährliche Sparkassen Stadtlauf in Waidhofen an der Thaya ganz im Zeichen diese Jubiläums. Und am 2. Juni gab es eine Oldtimer-Ausfahrt unter dem Motto „Eine Zeitreise der Mobilität“ sowie ein Open-Air-Konzert mit Lokalmatadorin Daniela Reiter und ihrem Ensemble.

finden keine Akzeptanz. Das ist ein veritabler Rückschlag. Doch ganz ist das Sensorium für eine positive Realverzinsung noch nicht abhandengekommen.

„Sein Geld in Zeiten niedriger Zinsen so veranlagt zu haben, dass bei überschaubarem Risiko die Inflation zu geschlagen wird, das ist aktuell durchaus der Wunsch der meisten Anleger“, betont Schaufler. Laut der gegenständlichen Umfrage erwarten die Österreicher bei Gold und Immobilien (62 Prozent) die höchsten Renditen. Interessant erscheint, dass Wertpapiere (11 Prozent) bei der Gewinnerwartung mit Versicherungen (12 Prozent) und Sparprodukten (10 Prozent) fast gleichauf im Mittelfeld liegen. Das höhere Risiko bei Wertpapieren wird also nicht mehr mit einer höheren Rendite verknüpft, da hofft man eher auf Gold und Immobilien. Der Trend zu Sachwerten ist schon

seit einiger Zeit bemerkbar. Aber auch hier ist eine Relativierung überfällig. „Gold dient höchstens als Beimischung von 5 bis 10 Prozent des Gesamtvermögens. Auch bei Immobilien ist angesichts der mittlerweile teils überzogenen Anschaffungskosten Vorsicht geboten“, so Schaufler, der mit einem hochinteressanten historischen Rückblick wieder Mut machen möchte.

Krisen gut überstehen

Von der Ölkrise 1973 bis hin zur Finanzkrise 2008 sind jene Anleger am besten unterwegs gewesen, die ihr Vermögen breit gestreut haben. Es gibt keinen Bereich, wo es immer nur nach oben geht. Deshalb ist es wichtig, dass man sich breit aufstellt. Die richtige Auswahl der Anlageklassen ist zu mehr als 90 Prozent für den Erfolg einer Veranlagung verantwortlich. Gezielte Vermögensaufteilung minimiert

das Gesamtrisiko der Veranlagung, reduziert die Wertschwankungen und erhöht langfristig das Erfolgspotential. Seit dem 1.1.2000 ist beispielsweise Öl um 277 Prozent im Preis gestiegen. „Das wird zwar von vielen mitverfolgt, aber investiert wird nicht“, so der Wertpapierexperte.

Anlegerziel sollte es sein, nicht „nur“ das Nominale abzusichern, sondern Wertstabilität beim Ersparten zu erzielen, so dass die Bedürfnisse des täglichen Lebens ohne Inflationsverluste abgedeckt werden können. Die Zinsen werden in den nächsten Jahren eher niedrig bleiben, denn die Sanierung der Staatshaushalte hat Vorrang. Doch wie stehen die Österreicher aktuell zu einer konkreten Veranlagung?

„Wenn man nicht mit negativen Realzinsen leben möchte, ist jetzt der richtige Zeitpunkt, sich über die Aufteilung seiner Ersparnisse Gedanken zu machen“, so Schaufler. Oberste Priorität hat dabei nach wie das Thema Risiko. „Die Zeiten der großen Renditen, wo das Risiko weniger Beachtung fand, sind Jahre vorbei.“

50.000 Euro veranlagen?

Die Umfrage ermittelte konkrete Vorstellungen: Würden sie 50.000 Euro erben, würden die Österreicher aktuell wie folgt veranlagen. 43 Prozent des Geldes würden sie in Gold und Immobilien stecken, 24 Prozent kämen auf Sparbuch und Bausparer, 18 Prozent in Versicherungen. 5.000 Euro würde man in Wertpapieren veranlagen. Das bedeutet eine beachtliche Übergewichtung der Sachwerte und eine spürbare Vernachlässigung des Wertpapiers als wichtiges Instrument der privaten Vermögensbildung.

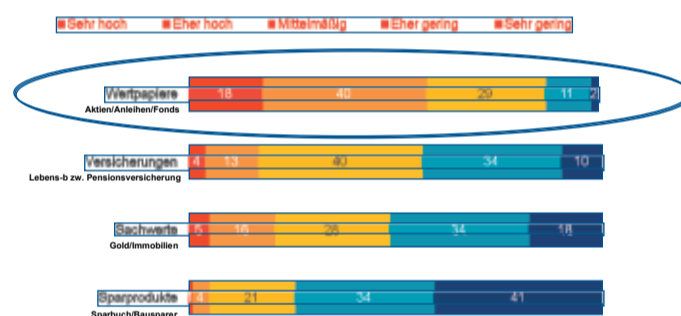
Hier empfiehlt es sich auf jeden Fall – so Schaufler –, die Streuung deutlich zu verstärken. Eine Veranlagung, die neben zinsgebundenen Produkten (Bausparen, Sparbuch, Anleihen) auch Aktien, Währungen und Rohstoffe abdeckt, bringt gerade in Krisenzeiten die notwendige Stabilität ins Portfolio.

Dafür gibt es eine Reihe von Rechenbeispielen, die zeigen, wie wichtig Diversifikation ist. Die Investition in ein gleich gewichtetes Portfolio, bestehend aus den Assetklassen Sparbuch, Immobilien, Anleihen, Gold und Aktien brachte über einen Veranlagungszeitraum von fünf Jahren immerhin eine Performance von rund 46 Prozent, auf dem Sparbuch waren es magere 6 Prozent. Bei der Analyse eines Veranlagungszeitraums von zwölf Jahren fällt der Unterschied noch viel gravierender aus.

Deshalb müsse man, so Schaufler, den Anlegern neue Produkte anbieten, die diese Diversifikation beinhalten, was wohl für Fondslösungen spricht. „Wir müssen jetzt mit offensiver Information die Anleger auf die Chancen der breiten Streuung intensiv aufmerksam machen. Der Zeitpunkt ist angesichts der Realzinsverluste beim Sparbuch sehr günstig.“

Wertpapiere gelten als sehr risikoreich

Wie hoch schätzen Sie das Risiko für die folgende Anlageformen derzeit ein?



ERSTE

Österreicher unsicher und wenig informiert

Was sind die Gründe, warum sie nicht in Wertpapiere investieren?



ERSTE

Diversifikation bringt Sicherheit

Investition in ein gleichgewichtetes Portfolio bestehend aus diversen Assetklassen



	Portfolio	Sparbuch
Veranlagung 5 Jahre	+ 46,16 %	+ 6 %
Veranlagung 12 Jahre	+ 146,98 %	+ 13 %

ERSTE

„Stabilitätspakt soll wieder Luft verschaffen“

An der Konsolidierung der Staatshaushalte führt kein Weg vorbei. Nur so könnten Spielräume für Konjunkturmaßnahmen in den Budgets zurückgewonnen werden, betont Christian Keuschnigg, der am 1. Juni Bernhard Felderer als Direktor des Instituts für Höhere Studien (IHS) abgelöst hat. Die Sparkassenzeitung bat den Professor für Nationalökonomie und Direktor der Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie an der Universität St. Gallen zum Interview.

Sparkassenzeitung: In Europa spitzt sich die Auseinandersetzung zu – Fortsetzung des Konsolidierungspakts oder Aufweichung durch zusätzliche öffentliche Mittel zur Konjunkturbelebung. Was halten Sie von einem keynesianischen Zwischenspurts Marke Präsident Hollande?

Keuschnigg: Erstens ist die Stabilisierung der Staatshaushalte unumgänglich, der Spielraum ist ausgeschöpft. Wenn wir jetzt nicht stabilisieren, dann belasten wir zukünftige Generationen noch mehr. Zweitens schaffen wir mit weniger Schulden den nötigen Spielraum in den öffentlichen Haushalten, um auch in Zukunft Konjunkturimpulse finanzieren zu können. Und drittens sprechen die Kapitalmärkte mittlerweile eine klare Sprache. Die enormen Zinszuschläge für überdurchschnittlich verschuldete Länder – jeweils in Relation zu ihrer aktuellen Wirtschaftsentwicklung – machen jede weitere Verschuldung unmöglich, das Sanieren ist unumgänglich.

Die Befürworter zusätzlicher Wachstumsimpulse hier und jetzt argumentieren, die zeitgleiche Konsolidierung in vielen europäischen Ländern führe in die kollektive Rezession. Wie ist da Ihre Haltung?

Es kommt immer darauf an, wo und wie man konsolidiert. Steuererhöhungen haben stärker dämpfende Wirkung auf das Wirtschaftswachstum als ausgabenseitige Sanierungen. Man muss feststellen, dass die Steuer- und Abgabenquote in vielen Ländern bereits sehr hoch ist und die Ergiebigkeit des Steuersystems eher abnimmt. Erhöhte Steuern steigern den Steuerwiderstand, und die parallel zu den Lohnerhöhungen steigenden Lohnnebenkosten gefährden die Unternehmensstandorte. Eines ist daher klar: Wenn man die Staatsverschuldung nachhaltig zurückschrauben will, dann muss man zur Kenntnis nehmen, dass man für den Zeitraum der Konsolidierung die öffentlichen Haushalte nicht zur zusätzlichen Konjunkturstimulierung verwenden kann. Dazu kommt, dass im Norden Europas die Konjunktur ja nicht so schlecht ist, also die negativen Auswirkungen überschaubar bleiben.

Dramatischer ist die Lage jedoch im mediterranen Raum?

Die Wachstumsprobleme im Süden kommen daher, dass diese Länder international nicht wettbewerbsfähig sind. Die Rezession, die dort stattfindet, muss man richtig interpretieren. Es waren in diesen Län-



Christian Keuschnigg: „Der Süden Europas hat nicht nur ein Staatsschuldenproblem, sondern chronisch defizitäre Zahlungsbilanzen, was die mangelhafte internationale Wettbewerbsfähigkeit aufzeigt.“

dern die Lohnsteigerungen in den vergangenen Jahren viel zu hoch. Der Süden Europas hat nicht nur ein Staatsschuldenproblem, sondern chronisch defizitäre Zahlungsbilanzen, was die mangelhafte internationale Wettbewerbsfähigkeit aufzeigt. Jetzt muss man folgende Überlegung anstellen: Wenn in Europa die Nachfrage stimuliert wird, dann werden wieder jene Länder des Nordens profitieren, die wettbewerbsfähiger sind, und im Süden wird es nicht die gewünschten Wachstumseffekte geben. Wer zu teuer ist, kann von der Nachfragebelebung kaum profitieren.

„Der Euro ist eine Währung für den Durchschnitt.“

Darauf sagen Gewerkschafter und viele Ökonomen: Dann muss man eben die Löhne in Deutschland, Österreich und anderen Ländern kräftig erhöhen, um die Ungleichgewichte zu beseitigen. Wäre das aus Ihrer Sicht ein gangbarer Weg?

Dieser Überlegung kann man etwas abgewinnen. Der Euro ist eine Währung für den Durchschnitt. Es gibt Länder wie Deutschland, die überdurchschnittlich wettbewerbsfähig sind. Österreich liegt da etwa im guten Mittelfeld. Deshalb sollte man sich meiner Meinung nach auch die Frage stellen, was wäre in Deutschland, gäbe es keinen Euro. Natürlich geriete dann die deutsche Mark unter sehr starken Aufwertungsdruck, wie wir ihn gegenwärtig etwa beim Schweizer Franken erleben. Diese D-Mark-Aufwertung würde die Exportüberschüsse via Aufwer-

tung wieder dämpfen. Deutschland hat Zahlungsbilanz-Überschüsse und beträchtliche Forderungen an das Ausland. Man kann sich in Deutschland jetzt die Frage stellen, ob das Land diese Forderungen – auch jene für die Rettungsschirme und gegenüber der EZB – jemals hereinbekommt. Es ist nicht sinnvoll, ständig Überschüsse zu bilden und niemals davon zu profitieren. Die Deutschen könnten jetzt die Löhne stärker anheben und damit die Wettbewerbsfähigkeit etwas zurückfahren, bis die Zahlungsbilanz in etwa ausgeglichen ist. Aber man muss sich dessen bewusst sein, dass Deutschland diese Strategie auch nicht übertreiben darf, damit nicht wieder die Arbeitslosenzahl ansteigt.

Sind Sie, Herr Professor, ein Anhänger einer einheitlichen europäischen Fiskalpolitik als Konsequenz eines europäischen Währungsraums?

Ich bin zwar ein Anhänger des Fiskalpakts, halte aber von einer einheitlichen Finanz- und Steuerpolitik nichts. Die Länder sind doch sehr unterschiedlich, und es hat immer das Prinzip gegolten, dass die Fiskalpolitik dem Prinzip der Subsidiarität entsprechen soll. Die einzelnen Staaten müssen die Möglichkeit haben zu entscheiden, wie weit sie den Wohlfahrtsstaat jeweils ausbauen wollen. Der Süden will vielleicht von der öffentlichen Hand mehr und anderes als die nördlichen Industriestaaten. Von einer harmonisierten Steuerpolitik halte ich auch nichts. Unterschiedliche Steuersätze etwa für Unternehmen sollen durchaus als standortpolitische Wettbewerbsfaktoren erhalten bleiben. Die Regierungen müssen sich darüber im Klaren sein, dass höhere Steuern die jeweilige Standortattraktivität

vermindern. Man muss allerdings vermeiden, dass einzelne europäische Länder eine offensive Finanzpolitik zulasten anderer Länder betreiben, die Schulden anwachsen lassen und dann von der Gemeinschaft saniert werden müssen. Deshalb hat man den Fiskalpakt geschlossen.

Wie stehen Sie zur aktuellen Diskussion über die Einführung von Euro-Bonds, also gleichsam zur Vergemeinschaftung der Refinanzierung der Staatshaushalte in der Währungsunion?

Der Vorteil der Euro-Bonds wäre die Verhinderung von extremen Zinsaufschlägen für Staaten, die ohnehin schon in arger fiskalpolitischer Bedrängnis sind. Man könnte damit die Zinsen auf einem ökonomisch einigermaßen vernünftigen Niveau halten. Die Kehrseite der Medaille ist aber, dass es unterschiedlicher Zinsen bedarf, wenn Länder unterschiedliche Fiskalpolitik betreiben. Die höheren Zinsen, die die Kapitalmärkte verlangen, sind dazu da, von vornherein zu verhindern, dass einzelne Staaten ihre Schulden anwachsen lassen und dann in den Bankrott abgleiten. Mit Eurobonds würde man dieses Disziplinierungsinstrument ausschalten. Der Stabilisierungsanreiz würde wegfallen, und jene Länder, die einer expansiven Verschuldungspolitik frönen, könnten diese zu einem niedrigen europäischen Durchschnittszinssatz weiter treiben. Zumindest wäre die Verlockung dazu sehr groß. Noch eines muss uns klar sein: Wenn man Euro-Bonds etabliert, dann führt das zur Umverteilung zwischen europäischen Ländern. Deutschland und Österreich – die sich derzeit vergleichsweise wesentlich billiger finanzieren können – würden unter den Euro-Bonds ohne Zweifel leiden. Die Folge wäre also bei der Refinanzierung der Staatsschuld eine beträchtliche Subventionierung des Südens durch den Norden Europas.

Stichwort Umverteilung: Plädieren Sie für den Weiterverbleib Griechenlands im Euro-Raum, oder sollte sich dieses Land aus der Währungsunion verabschieden?

Ich habe diese Alternative frühzeitig ins Gespräch gebracht, doch damals war die Diskussion, etwa in Österreich, noch gar nicht so weit. Mittlerweile muss ich feststellen: Es ist schon sehr spät für einen so radikalen Schritt wie den Abgang der Griechen aus dem Euro-Raum, möglicherweise zu spät. Statt dass

man den Austritt überraschend vollzogen hätte, hat nun das ständige Gerede von einem möglichen Austritt eine derart heftige Kapitalflucht aus Griechenland ausgelöst, dass man schlimmste Auswirkungen befürchten muss. Die gegenwärtige Kapitalflucht räumt nicht nur die Banken aus, sie entzieht der Wirtschaft auch die Möglichkeiten der Kreditfinanzierung, die notwendig wäre, um aus der Malaise herauszukommen. Vor Beginn dieser Kapitalflucht wäre es möglicherweise sinnvoll gewesen, aus dem Euro hinauszugehen. Das Land hätte radikal abgewertet und mit einem Schlag das erlitten, was jetzt in einem mehrjährigen Prozess kommen muss, nämlich Wohlstandsverlust. Das Land wäre auf einen Schlag wettbewerbsfähiger, aber gegenüber dem Rest Europas ärmer geworden. Denn Abwertung heißt weniger Kaufkraft der Bevölkerung.

Noch eine Frage zur Kreditwirtschaft. Auch Österreichs Banken stöhnen derzeit unter Überregulierung. Es gibt eine überable Bankensteuer, die Eigenmittelauflagen der EU, und am Horizont droht Basel III. Sind Sie der Meinung, dass im Nachlauf zur Finanzkrise die europäischen Banken überreguliert worden sind?

Ein gesunder Bankensektor und ein funktionierender Kapitalmarkt spielen für eine gesunde Wirtschaftsentwicklung eine zentrale Rolle. Eine eigenmittelstarke Kreditwirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftsmotor. Aber man muss auch bei den Regulativen die Unterschiedlichkeit der Banken berücksichtigen. Nehmen Sie das Beispiel Schweiz: Dort haben Großbanken andere Eigenmittelvorschriften als kleinere Institute. Naturgemäß gibt es auch bei der Bankenregulierung einen Zielkonflikt. Der Staat, der ja systemisch wichtige Banken nicht zugrunde gehen lassen kann, hofft, durch hohe Eigenkapitalquoten in der Kreditwirtschaft in Krisenfällen weniger Steuermittel aufwenden zu müssen. Die Institute wiederum müssen auch an der Profitabilität interessiert sein, und strenge regulatorische Vorgaben erschweren natürlich die Kreditvergabe. Grundsätzlich glaube ich jedoch, dass eine stärkere Eigenkapitalisierung der Banken in Europa – mit Abstrichen auch in Österreich – notwendig ist.

Das Interview führte Milan Frühbauer.

SPARKASSEN NEWS

Preis für Vorarlberger Kunstschaffende

Der Jubiläumsfonds der Dornbirner Sparkasse feiert heuer sein 20-jähriges Bestehen. Mit dem Fonds unterstützt die Sparkasse besondere Leistungen, die mit dem Bankinstitut, der Stadt Dornbirn bzw. Vorarlberg verbunden sind. Der Fonds ist 2012 mit 25.000 Euro dotiert. Das Thema lautet heuer „Urbaner Raum – Dörfliche Idylle“. Einreichungen sind noch bis 14. September möglich. www.sparkasse.at/dornbirn/jubilaumsfonds

Staatspreis für Familienfreundlichkeit

Die Steiermärkische Sparkasse wurde als frauen- und familienfreundlichster Großbetrieb der Steiermark in der Kategorie „Unternehmen ab 51 Mitarbeiter(inne)n“ ausgezeichnet. „Mit diesem Staatspreis zeichnen wir Unternehmen aus, die herausragende Leistungen für familienbewusste Personalpolitik umsetzen und die Familienfreundlichkeit gezielt fördern“, sagte Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner bei der Prämierung.



Personalchef Johann Mehrl und Silvia Leitner (beide Steiermärkische Sparkasse), NR-Abgeordnete Ridi Maria Steibl und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner

„Wir sind Boden“

Im Rahmen des von den NÖ Sparkassen unterstützten Projekts „Wir sind Boden“ werden heuer insgesamt rund 1.300 Schülerinnen und Schüler auf dem Gelände von landwirtschaftlichen Fachschulen in Niederösterreich die Lebensgrundlage Boden kennenlernen. Kürzlich nahmen Schüler der Neuen Mittelschule Rappottenstein in der landwirtschaftlichen Fachschule Edelhofer begeistert an einem der Projekttag teil.

Vielfältige Kinderbetreuung

Das Eltern-Kind-Zentrum Schwaz schafft mit zahlreichen Einrichtungen vielfältige Möglichkeiten der Kinderbetreuung und Begegnungsorte für Kinder und Eltern. Das Projekt wird von der Sparkasse gefördert. Jedes Jahr gibt es eine große gemeinsame Kinderveranstaltung.



Andrea Wex, Regina Hamberger (beide Eltern-Kind-Zentrum) und Sylvia Hauser von der Sparkasse Schwaz auf Besuch im EKIZ

Erste Group bleibt in „oberer Mittelklasse“

Der Schritt kam nicht überraschend: Als Folge der durch die anhaltende Schuldenkrise verursachten negativen Auswirkungen auf das Marktumfeld des internationalen Bankensektors stuft die Ratingagentur Moody's aktuell die meisten europäischen Banken herab. Die Ratings eines Großteils der österreichischen Banken wurden herabgesetzt, darunter auch jenes der Erste Group.



Die Auswirkungen des Downgradings werden gering bleiben: Die Liquiditätssituation ist sehr robust.

Schon im Februar dieses Jahres kündigte Moody's an, dass als Reaktion auf die anhaltende Schuldenkrise in der Euro-Zone in den Monaten Mai und Juni 2012 eine Überprüfung der Ratings von 114 europäischen Finanzinstituten in 16 Ländern stattfinden werde. Die Banken in Portugal, Italien, Spanien, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland und Deutschland wurden großteils herabgestuft. Die jüngste Entscheidung kommt daher aus österreichischer Sicht keineswegs überraschend.

Das neue Rating der Gruppe für langfristige vorrangige Schuldtitel und unbesicherte Einlagen (long-term senior debt and deposit rating) ist A3. Die Herabstufung wirkt sich nicht auf Kundeneinlagen aus, da diese unter die Einlagensicherung fallen.

Das Finanzkraft-Rating der Erste Group liegt bei D+, die Basiskrediteinschätzung bei baa3. Die eigene Finanzkraft der Erste Group liegt im Investment Grade und damit über der Finanzkraft vergleichbarer österreichischer Banken, was die gute Kreditqualität der Bankengruppe beweist. Das Langfrist-Rating der Erste Group wurde von A1 auf A3 gesetzt und ist nach wie vor komfortabel in der „oberen Mittelklasse“ des Investment Grade positioniert.

Das solide Primärmittelaufkommen und der stabile Marktzugang bescheren der Gruppe jedenfalls eine robuste Liquiditätssituation. Die beiden anderen großen Ratingagenturen „Standard & Poor's und Fitch Ratings“ bewerten das langfristige Rating der Erste Group schon seit

Jahren unverändert mit A.Es gibt eine Reihe wesentlicher Bewertungsfaktoren für Ratings (Stabilität des wirtschaftlichen Umfelds, Wert der Geschäftsposition, Risikopositionierung, Liquidität, Rentabilität und Kapitalausstattung). Moody's berücksichtigt aber auch risikominierende Faktoren, etwa höhere Eigenkapitalquoten, verbesserte Liquiditätspolster, Liquiditätsunterstützung durch die Zentralbank oder staatliche Unterstützungsleistungen. Dennoch gelangte Moody's zur Ansicht, dass diese positiven Faktoren die negativen Ratingparameter nicht zur Gänze ausgleichen.

„Die Amerikaner haben vorgefasste Meinung“

CEE-Engagement als breite Basis gewürdigt

Moody's bestätigt übrigens in der Begründung des Ratings, dass die Erste Group davon profitiert, in der Region CEE breit aufgestellt zu sein. Der klare strategische Fokus der Gruppe auf stabilem Privatkundengeschäft mit geringem Risiko und gut etablierter Geschäftsposition im In- und Ausland, was solide Erträge vor Provisionen zur Folge hat, wird von der Agentur ebenfalls positiv berücksichtigt. Die breite Diversifizierung der Geschäftstätigkeit ergibt viel Stabilität auf der Ertragsseite. Die starke Basis an Kundeneinlagen stellt eine stabile

Liquiditäts- und Finanzierungsquelle dar.

Bedenken äußert die Ratingagentur jedoch hinsichtlich des Engagements der Erste Group in bestimmten Märkten der CEE-Region, die eine höhere Volatilität und einen niedrigeren Reifegrad aufwiesen.

Die Ratingentscheidung ist für die Erste Group in den wesentlichsten Punkten nicht nachvollziehbar. Die Bank hat eine sehr komfortable Liquiditätsposition, und der gesamte Refinanzierungsbedarf für das Jahr 2012 ist bereits gedeckt. Dazu kommt, dass das Einlagen-Kredit-Verhältnis mit 110 Prozent den „nachhaltigen Kriterien“ der Notenbank entspricht, die auch auf die Liquiditätssituation abstellen. „Das Eigenkapital haben wir über die letzten Jahre verdoppelt und übererfüllen die Erfordernisse der Europäischen Bankenaufsicht, des Basel-III-Regelwerks und der Notenbank. Wir – und unsere Investoren – sehen unser hohes Eigenkapitalniveau als ausreichend und in Übereinstimmung mit unserem Geschäftsmodell einer Sparkasse an“, betont Kommunikationschef Michael Mauritz. Dass die Amerikaner Zentral- und Osteuropa als Risiko ansehen, sei nicht neu. Sie hätten zu dieser Region eine vorgefasste Meinung. „Das war schon bei der Herabstufung Österreichs der Fall. Wir sehen in dieser Region die Chancen für uns und die gesamte heimische Wirtschaft. CEE ist die Wachstumsregion der EU, und wir sind froh, hier als Bank aktiv zu sein.“ - üh -

Die Leistungsbilanz kann sich sehen lassen

Selbst die sonst sehr vorsichtige Nationalbank spricht von „ausgesprochen erfolgreich“. Die heimische Leistungsbilanz ist ein imposanter Nachweis internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Auch der Kapitalverkehr hat den Einbruch der Krisenjahre überwunden. Die Nettoverschuldung im Ausland ist so niedrig wie noch nie.

Österreich erzielte im Jahr 2011 trotz des ab dem zweiten Halbjahr ungünstigen Wirtschaftsumfelds einen Leistungsbilanzüberschuss von 5,9 Mrd. Euro oder knapp 2 Prozent des BIP. Das Land bestätigte damit seine internationale Wettbewerbsfähigkeit. Exporterfolge technologieintensiver Dienstleister sowie der traditionell einträgliche Reiseverkehr waren die Hauptgründe für dieses Ergebnis. Das Defizit im Warenhandel hat sich dagegen vor allem infolge gestiegener Rohstoffpreise auf 7 Mrd. Euro verdoppelt. Im Kapitalverkehr mit dem Ausland zeigten sich wieder moderate Expansionstendenzen, nachdem in den Krisenjahren 2009/10 erstmals seit Österreichs EU-Zugehörigkeit Finanzmittel aus dem Ausland abgezogen worden waren. Auslandsveranlagungen erfolgten vor allem in Form von Bankeinlagen sowie durch Direktinvestitionen. Österreichische Wertpapierinvestoren agierten angesichts der Vertrauenskrise diverser Emittenten sowie des international ungünstigen Börsenumfelds weiterhin zurückhaltend.

Krisenresistenter Dienstleistungshandel

Der österreichische Dienstleistungshandel (einschließlich Reiseverkehr) erwies sich als ausgesprochen krisenresistent und lieferte ein Plus von 14 Mrd. Euro. Damit konnte das – vor allem durch gestiegene Rohstoffpreise verursachte – Handelsbilanzpassivum kompensiert werden.



Österreich punktet mit internationaler Wettbewerbsfähigkeit.

Als moderne Dienstleistungsgesellschaft punktet Österreich – abgesehen vom Transport und vom Transithandel – zunehmend im technologieintensiven Bereich. „Heimische Exporteure dringen insbesondere mittels Softwareentwicklung, Netzwerkbetreuung oder Architektur- und Ingenieursleistungen erfolgreich auf Auslandsmärkte vor“, heißt es dazu in der Nationalbank.

Lukrativ erwies sich für Österreich wie gewohnt der Reiseverkehr, der 2011 als Positivsaldo 6,7 Mrd. Euro nach Österreich brachte. Dies ist nominell der zweithöchste je verzeichnete Wert. Im Hinblick auf die Ankünfte von Ausländern war es der österreichischen Tourismuswirtschaft bereits 2010 gelungen, den Rückschlag des Jahres 2009 zu kompensieren.

2011 konnte dieses gute Ergebnis ein weiteres Mal deutlich überboten werden (+4,5 Prozent).

Österreichs Auslandsveranlagungen erfolgten 2011 vor allem in Form von Direktinvestitionen sowie Einlagen. Wertpapierinvestoren agierten weiterhin zurückhaltend und holten netto sogar Kapital aus dem Ausland zurück.

Das Finanzvermögen der Volkswirtschaft im Ausland erreichte Ende 2011 812 Mrd. Euro. Abzüglich der Verpflichtungen von 829 Mrd. Euro ergab sich daraus eine Nettoverschuldung von nur mehr 17 Mrd. Euro. Dieser historisch niedrige Wert resultiert unter anderem aus den seit 2002 erwirtschafteten Leistungsbilanzüberschüssen. Als Folge sinkt der laufende Nettozinsaufwand aus diesen Verpflichtungen. -üh-

Bankengewinn unter Druck

Im Jahr 2011 erwirtschafteten Österreichs Kreditinstitute ein konsolidiertes Jahresergebnis von 0,71 Mrd. Euro nach Steuern und Minderheitenanteilen. Dieses war um 3,87 Mrd. Euro bzw. 84,5 Prozent niedriger als der Vergleichswert im Jahr 2010.

Der Grund für den Rückgang der Erträge in der heimischen Kreditwirtschaft lag im Wesentlichen in stagnierenden Betriebserträgen und höheren Abschreibungen auf Firmenwerte. Maßgeblich zum Gesamtergebnis trug wiederum das Geschäft in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) bei, das weiterhin deutlich rentabler ist als das inländische Geschäft.

Wichtigste Ertragsstütze der österreichischen Kreditinstitute war das Nettozinsergebnis, wo man einen leichten Zuwachs um 0,2 Prozent auf 20,43 Mrd. Euro verzeichnen konnte, während das Provisionsgeschäft um 1,1 Prozent zurückging.

Beim Handelsergebnis wiesen die Kreditinstitute einen Gewinn aus, der, verglichen mit 2010, von einem leichten Rückgang auf 0,84 Mrd. Euro gekennzeichnet war. Leicht rückläufig verlief die Entwicklung bei den realisierten Gewinnen aus Finanzgeschäften. Insgesamt stagnierten die Betriebserträge (ohne Risikovorsorgen) im Vergleich zum Vorjahr (-0,8 Prozent) bei einem Wert von 37,21 Mrd. Euro. Der Verwaltungsaufwand, bestehend aus Personal- und Sachaufwand, erhöhte sich um 2,4 Prozent auf 16,59 Mrd. Euro. Der Personalaufwand allein betrug 2011 10,28 Mrd. Euro und stieg damit um 3,4 Prozent.

Das konsolidierte Betriebsergebnis (ohne Risikovorsorge) der Kreditinstitute lag um 3,11 Mrd. Euro bzw. 23,1 Prozent unter jenem des Vorjahres und betrug 10,37 Mrd. Euro, wobei sich der Rückgang der Betriebserträge sowie die Abschreibungen auf Firmenwerte von Auslands Tochterbanken unmittelbar negativ auswirkten.

Der Saldo der konsolidierten Risikovorsorgen im Kreditgeschäft lag bei erfolgsmindernden 6,03 Mrd. Euro. Im Vergleich zum Jahr 2010 bildeten die Kreditinstitute in Österreich um insgesamt 1,73 Mrd. Euro bzw. 22,3 Prozent weniger Kreditrisikovorsorgen. -üh-

AUSBLICK



Christine Domforth

Der logische Nachfolger

Euro-Gruppe braucht Ersatz für Juncker

Ob es die Nierensteine sind oder einfach die siebeneinhalb aufreißenden Jahre an der Spitze der Euro-Gruppe: Jean-Claude Juncker ist amtsüde, der Luxemburger Premier will sein Amt als oberster Krisenmanager der Euro-Zone Ende Juni 2012 aufgeben. Der Posten ist ebenso prestige- wie arbeitsreich. Alle wichtigen Entscheidungen der Währungsunion werden in der Euro-Gruppe getroffen, die Finanzkrise hat den Job des Vorsitzenden noch wichtiger gemacht. Nicht nur einmal musste Juncker Feuerwehr spielen.

Mit dem deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble stünde für Juncker ein logischer Nachfolger bereit. Dass bisher keine weiteren Kandidaten genannt wurden, ist kein Zufall. Schäuble – ein überzeugter Europäer – ist bereit, das Amt zu übernehmen, es wäre für ihn zweifellos die Krönung seines Politikerlebens.

Gegengewicht zu Draghi

An seiner persönlichen Qualifikation gibt es keinen Zweifel, Juncker nannte den Deutschen kürzlich die „Idealbesetzung“. Das ist der CDU-Mann zweifellos: Er kommt aus dem wirtschaftlich mit Abstand stärksten Mitgliedsland der Eurozone und wäre ein überzeugendes Gegengewicht zu Mario Draghi, dem Italiener mit Goldman-Sachs-Vergangenheit, der seit Herbst 2011 an der Spitze der Europäischen Zentralbank steht. Schäuble ist ein politisches Schwergewicht und könnte als Euro-Gruppen-Chef auf Augenhöhe mit den Staats- und Regierungschefs agieren. Vor allem aber steht Wolfgang Schäuble für fiskalische Disziplin.

Doch genau das könnte ihm zum Verhängnis werden, denn in Europa hat sich der wirtschaftspolitische Wind gedreht. Zwar ächzen die meisten Länder der Euro-Zone – allen voran natür-

lich die Staaten im Süden – unter einer enormen Schuldenlast. Doch vor allem links der Mitte will man nun quer durch Europa nichts mehr von einem strikten Sparkurs wissen. In den USA hält man davon ja schon seit längerem nicht viel. Zurück zu Keynes heißt für viele die Devise: Der Staat soll noch mehr neue Schulden machen und – so die Hoffnung – damit das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung ankurbeln. Ganz auf dieser Linie ist Frankreichs neuer Präsident Francois Hollande, der bereits im Wahlkampf angekündigt hatte, den Euro-Fiskalpakt aufschnüren zu wollen. Deshalb erstaunt es nicht, dass Hollande gegen Schäuble als Vorsitzenden der Euro-Gruppe ist.

Linke will keinen Sparmeister

Ein strenger deutscher Sparmeister an der Spitze der Währungsunion? Für Hollande und viele seiner politischen Gesinnungsgenossen eine horrible Vorstellung. Dass Peer Steinbrück, SPD-Politiker und ehemaliger Bundesfinanzminister, ebenfalls Schäuble als Chef der Euro-Gruppe ablehnt, passt da ins Bild. Deutschland solle in der EU nicht den Schiedsrichter spielen, argumentiert der mögliche SPD-Kanzlerkandidat.

Was Steinbrück wohlweislich verschweigt: Deutschland ist auch der größte Zahler innerhalb der EU. Doch noch höhere Lasten werden die Bürger der „reichen“ EU-Länder nicht mehr akzeptieren. Nicht nur deshalb sind zwar Wachstumsimpulse etwa über Strukturformen, Privatisierungen usw. enorm wichtig, neue Schulden aber das völlig falsche Rezept gegen die sich immer mehr verschärfende Euro-Krise. Sollte Juncker nicht doch noch bleiben, wäre Schäubles Wahl zum Chef der Euro-Gruppe daher ein Gebot der Vernunft.

EINBLICK



Milan Frühbauer

Zinstheorien obsolet

Die neue „Logik“ der verunsicherten Märkte

Am ersten Juni-Wochenende war es so weit: Erstmals waren die Kurse deutscher Bundesobligationen mit zweijähriger Restlaufzeit so gestiegen, dass sich für Anleger eine negative Sekundärmarktrendite ergab. Ähnliche Entwicklungen sind bei den Erstemissionen schon seit Monaten zu beobachten. Auch Österreich ist von dieser absoluten Präferenz der Investoren für „sichere Häfen“ – unabhängig von jedweder Performance-Überlegung – derzeit positiv betroffen. Und so registrieren wir hierzulande ein bisher nicht gekanntes Phänomen: Bei einem Rekordstand der Staatsschulden, gemessen am BIP, refinanziert sich die Republik Österreich zu den niedrigsten Zinskosten seit Bestehen der ökonomischen Nachkriegsordnung. Bei einer Inflationserwartung von gut und gern 2,5 Prozent für das laufende Jahr sind gegenwärtig alle Anleger und Investoren, die sich als Gläubiger an die konsolidierungswilligen Länder der Euro-Raums halten, von einer positiven Realverzinsung meilenweit entfernt.

Geld so billig wie kaum zuvor Doch die Zinstheorie aus dem Lehrbuch macht auch in anderem Zusammenhang eine Krise durch. Haben wir doch alle gelernt, dass anhaltend niedrige Zinsen die Unternehmen scharenweise zu Investoren machen, welche die Gunst der Stunde erkennen und die Chance des billigen Geldes zur Verwirklichung neuer Geschäftsmodelle nutzen. Derzeit ist alles anders: Obwohl man davon ausgehen kann, dass die Zinsen noch für geraume Zeit auf ihrem historischen Tiefstand verweilen werden, mag kein richtiger Investitionsschub zustande kommen. Denn die Verunsicherung der Unternehmensleitungen nimmt seit einigen Wochen auch in den nicht von der Rezession betroffenen Län-

dern des Euro-Raums zu. Wen wundert es bei so vielen zinspolitischen Inversionen also noch, dass sich auch der private Konsument vom Lehrbuch abwendet. Trotz negativer Realverzinsung in so gut wie allen Sparformen beginnt die währungspolitische Verunsicherung nunmehr auch auf das Konsumverhalten der privaten Haushalte überzugreifen. Die Rationalität der ökonomischen Entscheidung ist – auch in der Zinspolitik – längst der aktuellen Gefühlslage, gepaart mit rekordverdächtigem Sicherheitsdenken, gewichen. Die vielgescholtenen „Märkte“ warten auf Beruhigungssignale. Das jüngste Referendum in Irland ist ein solcher stimmungsstabilisierender Faktor, aber seine Wirkung wird bald verpuffen. Jetzt richtet sich das Interesse ganz auf die Neuaufgabe der Parlamentswahlen in Griechenland ...

Doch unabhängig von deren Ausgang ist die Fortsetzung des Fiskalpakts ohne Alternative.

Nord-Euro Süd-Flucht auslösen Allen jenen, die jetzt vollmundig den „Nord-Euro“ als Ausweg aus der Staatsschuldenkrise im Süden Europas propagieren, muss klar sein: Ein derartiger „harter Euro“ würde die Kapitalflucht aus dem europäischen Süden der Währungsunion beträchtlich beschleunigen. Kapitalreserven zieht es immer zur stabileren Veranlagung. Dies wiederum würde zu einem enormen Aufwertungsdruck führen. Mit allen Konsequenzen für Volkswirtschaften, die traditionell vom Export abhängig sind. Neuerliche währungspolitische Interventionen nach dem Muster des ebenso unter Aufwertungsdruck stehenden Schweizer Franken wären unumgänglich.

Es hilft nur eines: die Rückgewinnung von Vertrauen!

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „industrie“ ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

Stresstest für KMU

Dank eines neuen Internet-Tools von Erste Bank und Wirtschaftskammer Wien haben Unternehmen die Möglichkeit, kostenlos und schnell ihre betriebswirtschaftliche Situation zu überprüfen.

Die Erwartungshaltung heimischer KMU in puncto Aufträgen, Umsatz und Preisentwicklung ist zwar nach wie vor positiv, es wird dennoch schwieriger, Kredite zu bekommen. Unsichere wirtschaftliche Rahmenbedingungen und neue Eigenkapitalvorschriften für Banken machen Finanzierungen knapper und weniger günstig als bisher. Kredite sind aber notwendig, um Wachstum zu ermöglichen. „Von einer möglichen Kreditklemme ist man in Österreich noch weit entfernt – vielmehr geht es darum, dass die KMU bei Kreditanfragen ausführliche Bilanzen, durchdachte Finanzpläne und betriebswirtschaftliche Risikoszenarien vorlegen können“, betont Peter Bosek, Privat- und Firmenkundenvorstand der Erste Bank. „Genau darauf müssen die Unternehmer künftig noch besser vorbereitet sein. Für viele Unternehmen war es bisher schwierig, sich einen professionellen Überblick über die eigene betriebswirtschaftliche Situation inklusive verschiedener Szenarien zu verschaffen“, unterstreicht Brigitte Jank, Präsidentin der Wirtschaftskammer Wien. Deshalb ha-

ben Wirtschaftskammer Wien, Erste Bank und WIFI Unternehmensservice der WKÖ mit Unterstützung des Wirtschaftsministeriums einen kostenlosen KMU-Stresstest entwickelt, der den Betrieben Informationen über ihre betriebswirtschaftliche Situation und mögliche Entwicklungen geben soll.

So funktioniert der Stresstest Das Tool wurde speziell auf KMU und Ein-Personen-Unternehmen zugeschnitten. Nach einer kurzen Einleitung geben die Unternehmer anonymisiert ihre betriebswirtschaftlichen Kennzahlen wie Umsatz, Wareneinsatz, Personal-, Betriebs- und Finanzierungskosten ein. Das Programm erstellt daraufhin eine betriebswirtschaftliche Diagnose der aktuellen Situation. In einem zweiten Schritt werden diverse betriebswirtschaftlich relevante Situationen wie beispielsweise Umsatzrückgang, veränderte Personalkosten, höhere Kreditrate simuliert. Damit erhält der Unternehmer ein realistisches Bild möglicher Szenarien inklusive drohender Liquiditätsengpässe. Ein Abschlussbericht enthält Handlungsvorschläge und



Erste-Vorstand Peter Bosek: „Es geht darum, dass die KMU bei Kreditanfragen ausführliche Bilanzen, durchdachte Finanzpläne und betriebswirtschaftliche Risikoszenarien vorlegen können.“

verweist auf die Unterstützung bei der Realisierung von Verbesserungsmaßnahmen. Denn die Absolventen des KMU-Stresstests können beim WIFI Wien eine geförderte Unternehmensberatung in Anspruch nehmen. Die WK Wien übernimmt 50 Prozent und die Erste Bank für ihre Kunden 25 Prozent der Beratungskosten.

Die Anwendung ist abrufbar unter www.kmu-stresstest.at. -afe-

Ungehobene Schätze

Die ERSTE-SPARINVEST sieht in Unternehmensanleihen aus Schwellenländern (Emerging Markets) großes Potential. Vor allem auch deshalb, weil die Veranlagungsform von vielen Marktteilnehmern noch nicht entdeckt wurde.

Die Experten der ERSTE-SPARINVEST gehen weiter von der Erholung der Weltwirtschaft aus. Das Wachstum wird zwar relativ schwach ausfallen und die Erholung somit langsam vor sich gehen, aber Heinz Bednar, Vorsitzender der Geschäftsführung, hält fest: „Die hohe Staatsverschuldung stellt besonders in den Industriestaaten einen Bremsklotz für die Beschleunigung des Wachstums dar. Schwellenländer präsentieren sich hingegen vom Problem Staatsverschuldung unbeeindruckt und bieten weiterhin hohes Aufholpotential.“ Angesichts der anhaltend tiefen Renditen von „safe haven“-Staatsanleihen empfiehlt die ERSTE-SPARINVEST daher einen Positionsaufbau in Unternehmensanleihen- und Emerging-Markets-Anleihenfonds – abhängig vom individuellen Risikoprofil der Anleger und von deren Ertragsersparungen. Bednar sieht besonders bei Schwellenländer-Unternehmensanleihen ein ausgezeichnetes Rendite-Risiko-Verhältnis. Der Grund: Die Emerging Markets haben die Finanzmarkt- und

Schuldenkrise mehrheitlich besser überstanden als die Industriestaaten und konnten ihre Bonitätseinstufung sogar verbessern. Und das trifft nicht nur auf Staaten, sondern besonders auch auf Unternehmen zu.

Risiko zu hoch eingeschätzt Unternehmensanleihen aus Schwellenländern werfen bei besseren Bo-

„An Unternehmensanleihen der Schwellenländer nicht achtlos vorbeigehen.“

nitäten um bis zu 2 Prozentpunkte mehr Rendite ab als vergleichbare Unternehmen in Industriestaaten. Bei schlechteren Bonitäten liegt die „Überrendite“ um bis zu 5 Prozentpunkte höher. Dieser Renditeauf-

schlag wurde von vielen Marktteilnehmern noch nicht entdeckt und ist aus Sicht von Alexander Fleischer, Bereichsleiter für das Anleihenfondsmangement, ein „ungehobener Schatz“. Den Grund dafür sieht die ERSTE-SPARINVEST darin, dass die Investoren das Risiko für das Segment zu hoch einschätzen, obwohl die Unternehmen im Durchschnitt geringer verschuldet sind als vergleichbare Unternehmen in den Industrienationen. Nicht zuletzt tragen die Rating-Agenturen mitschuld an dieser Sichtweise, weil sie in ihrer Beurteilung oft verspätet reagieren.

„Investoren, die in der derzeitigen Niedrigzinsphase Rendite erzielen wollen, können an den Schwellenländer-Unternehmensanleihen nicht vorbeigehen“, so Fleischer. Da aber nicht jeder Anleger eine direkte Investition in Unternehmensanleihen oder Aktien wagt, werden Komplettlösungen angeboten, bei denen der Kunde das Risiko vorgibt und die Fondsgesellschaft die attraktivsten Anlagensegmente auswählt. -afe-

„Wir stehen den Sparkassen sehr nahe“

Sven Giegold, deutscher EU-Parlamentarier von Bündnis 90/Die Grünen, erläutert im Interview, wie sich die Grünen für die Verhandlungen über das Regelwerk Basel III mit dem Europäischen Rat in Stellung bringen.

Sparkassenzeitung: Sie sind der finanz- und wirtschaftspolitische Sprecher der Grünen im Europaparlament. Als solcher haben Sie wesentlichen Einfluss auf die Positionierung der europäischen Grünen. Sind Sie mit dem Ergebnis der Abstimmung im Wirtschaftsausschuss (ECON) über die Umsetzung des Basel-III-Regelwerks zufrieden?

Giegold: Ja und nein. Das Ergebnis ist auf jeden Fall ein Schritt in die richtige Richtung. Es werden für die großen Banken die Eigenkapitalforderungen im Vergleich zum Baseler Kompromiss verschärft, und auf Besonderheiten des Bankensystems wird Rücksicht genommen. Deshalb haben wir den Kompromiss auch mitgetragen. Ich verhehle allerdings auch nicht, dass wir als Grüne als einzige Fraktion einen konsistenten Alternativentwurf vorgestellt haben, der vorsah, dass sogenannte „fundamental banks“ anders behandelt werden sollten als Großbanken. Dabei handelt es sich um die Banken, die wirklich das Rückgrat der Kreditversorgung überall in Europa darstellen, also Banken mit einem eher konservativen Geschäftsmodell. Diese grundlegende Differenzierung ist nur in Ansätzen im Bericht aufgegriffen worden. Das bedauern wir, aber trotzdem geht der Entwurf in die richtige Richtung.

Die von den Grünen geforderte verpflichtende Frauenquote erreichte bei der Abstimmung eine knappe Mehrheit. Fast die Hälfte der Abgeordneten stimmte dagegen, und selbst die zuständige EU-Kommissarin Viviane Reding räumte ein, dass sie kein Fan von Quoten sei. Was versprechen Sie sich von mehr Frauen in der Chefetage?

Zunächst möchte ich festhalten, dass wir Grüne ganz klar die Dreigliedrigkeit des Bankensystems unterstützen. Wir stehen den Sparkassen und den Volksbanken sehr nahe und sind auch dankbar für das, was sie in der Region leisten. Gleichzeitig sehen wir, dass es leider auch in diesen eigentlich ja auch Gemeinwohlzielen verpflichteten Banken Frauen sehr schwer haben, in Spitzenetagen zu gelangen. Auf Sparkassentagungen findet man zum Teil sehr wenige Frauen, das ist sehr bedauerlich. Zuerst mal auch für die Sparkassen selbst, weil die Qualifikation von Frauen sie stärker machen könnte. Die Erfahrung zeigt, dass dort, wo Frauenquoten verbindlich gemacht wurden (wie zum Beispiel in Norwegen), es für Frauen deutlich einfacher wird,



Sven Giegold, Sprecher der Grünen für Finanz- und Wirtschaftsfragen im EU-Parlament

auch erfolgreich zu sein. Wir sind nicht mehr im Mittelalter. So ein geringer Anteil an Frauen in den Führungsetagen passt einfach nicht mehr in unsere Zeit. Unverbindliche Selbstverpflichtungen haben daran leider nichts geändert.

Damit Basel III in EU-Recht umgewandelt werden kann, muss sich das Parlament mit dem Rat auf einen gemeinsamen Text einigen. Diese Verhandlungen laufen gerade. Einige Abstimmungsergebnisse wie die Frauenquote und die Boni-Beschränkung widersprechen der Ratsposition. Wer wird sich am Ende durchsetzen?

„Haftungsverbände dürfen kein Nachteil sein.“

Es geht zuallererst um die großen Differenzen im Bereich Eigenkapital, Leverage und Liquidität. In diesen zentralen Fragen gibt es noch ganz wichtige Unterschiede. Zum einen fordern wir als Parlament die bindende Einführung der Leverage Ratio. Das ist aus meiner Sicht auch dringend notwendig. Es ist nicht einzusehen, dass Banken mit weniger als 3 Prozent Eigenkapital am Bilanzvolumen überhaupt in dieser Form ihre Geschäfte treiben dürfen. Es würde auch keine Bank einem Unternehmen mit so wenig Eigenkapital einen Kredit geben. Zweitens fordert das Parlament die Stärkung der Berücksichtigung von Spareinlagen. Es ist gerade auch im Interesse von Sparkassen und Ge-

nossenschaftsbanken, dass sie bei den Liquiditätsanforderungen verstärkt berücksichtigt werden. Das Dritte ist die gerade in Deutschland und Österreich bestehende Dreigliederung des Bankensystems. Es gibt auch viele Spezialbanken wie z. B. die regionalen Entwicklungsbanken, die in Deutschland eine wichtige Rolle spielen. Deren Besonderheiten müssen vollumfänglich berücksichtigt werden. Das war auch eine wichtige Priorität des Berichterstatters Karas, und wir als Grüne werden dafür im Trilog auch mit dem Rat streiten.

Der ECON hat Maßnahmen beschlossen, welche die Besonderheiten des europäischen Bankensystems wie die speziellen Merkmale von Sparkassen berücksichtigen. Angenommen wurde etwa die volle Anrechnung von Minderheitsbeteiligungen im Rahmen von Haftungsverbänden. Wie stark setzen sich die Grünen in den Verhandlungen mit dem Rat für dieses Ergebnis ein?

Genau das haben wir in Deutschland auch, und es ist uns auch sehr wichtig, dass die zum Teil ja etwas eigentümlichen Strukturen der Verbände im Bereich der Sparkassen und Genossenschaftsbanken nicht zum Nachteil werden. Denn diese Verbände haben ja gerade dazu geführt, dass in diesem Bereich Rechnungen bezahlt wurden, die anderswo durch teure Staatsinterventionen ausgeglichen werden mussten. Diese Strukturen sind so gewachsen, und es gibt keinen Grund, warum man alle verschiedenen Gruppenstrukturen bei Banken über einen Leisten scheren sollte.

EUROPA

Europäische Union und die Finanzkrise

Der Europäische Binnenmarkt war das zentrale Thema des 16. Treffens der Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei in Brüssel. Michael Ikrath, GS des Österreichischen Sparkassenverbandes und stellvertretender Vorsitzender im Finanzausschuss des Nationalrats, forderte eine Berücksichtigung nationaler Spezifika bei der Umsetzung der anstehenden Regulierungen speziell im Finanzbereich: „Die Europäische Union kann nur dann bestehen, wenn auf regionale Besonderheiten Rücksicht genommen wird.“ Als Beispiel nannte er dabei die Dezentralisierung des österreichischen Bankensektors. „Nur so kann die EU gegenüber den USA und den BRICS Staaten wettbewerbsfähig bleiben.“ Unterstützt wurde Ikrath dabei von Binnenmarktkommissar Michel Barnier, der Europa durch „Stability by diversity“ sieht.



v.l.: Michel Barnier, Michael Ikrath und Charles Flanagan beim 16. Treffen der Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei.

Neue Bilanzierungsvorschriften

Um die Vergleichbarkeit von Unternehmensabschlüssen in der EU zu erleichtern, arbeitet Brüssel an einer neuen Richtlinie, welche die bisherigen Bilanzierungsrichtlinien ersetzen soll. Mit den neuen Vorschriften sollen besonders für kleine Unternehmen vereinfachte Bilanzierungsvorschriften zur Anwendung gelangen. Als positiv ist zu bewerten, dass die Kommission den Vorschlag des IASB, die IFRS auch auf nicht börsennotierte KMU anzuwenden, nicht übernommen hat. Im Detail besteht noch Änderungsbedarf, etwa was die Schwellenwerte anbelangt, nach denen eine Kategorisierung in Klein-, Mittel- und Großbetriebe zu erfolgen hat. Diese Einteilung ist relevant, wenn es darum geht, welches Unternehmen über CSR-Aktivitäten berichten muss.

Rekordarbeitslosigkeit in südlichen Mitgliedsstaaten, Rufe nach einem staatlich finanzierten Wachstumspakt und ernsthafte Diskussionen über das Ausscheiden Griechenlands aus der Euro-Zone. Neben den ökonomischen Problemen steht die EU auch vor dem politischen Problem, dass sich die Bürger zusehends vom Integrationsgedanken abwenden. Stehen wir am Anfang vom Ende oder sehen Sie eine Zukunft für Europa?

Wir als Grüne haben dazu eine ganz klare Haltung. Angesichts der Globalisierung brauchen wir ein starkes Europa, und jede Trümelei, dass das auch ohne ginge, wird es letztlich umso schwerer machen, z. B. etwas gegen Klimawandel und für Finanzmarktstabilität zu tun. Der Euro als Ganzes wird letztlich nur dann stabilisiert aus der Krise kommen, wenn jedes Land seine jeweilig nationalen ökonomischen Interessen zurückstellt. Es geht auch nicht, dass sich bestimmte Länder als Steueroasen verdingen wollen.

Das gilt leider auch für Österreich. Ob Griechenland weiter dabei sein wird, hängt von den Griechinnen und Griechen selbst ab. Sie müssen entscheiden, ob sie die notwendigen Veränderungen in ihrem eigenen Land vornehmen wollen, um wieder erfolgreich in der Euro-Zone wirtschaften zu können. Es ist völlig offensichtlich, dass die Menschen in Österreich und Deutschland, aber auch in Frankreich nicht bereit sind, ein Fass ohne Boden zu bezahlen. Sozialer Ausgleich in Griechenland selbst ist angesagt. Was ich erlebe: Sehr viele Deutsche sind sehr wohl bereit, den Griechen zu helfen. Sie sehen ja auch, wie groß die Armut und das Elend dort jetzt sind. Kein Mensch versteht es, dass Griechenland selbst nicht mal eine Vermögensabgabe eingeführt hat, während wir immer höhere Risiken tragen. Auch die dortigen Vermögenden müssen ihren Beitrag leisten.

Das Interview führte Daniela Umstätter-Stengg.

„Die Märkte sind doch Teufelszeug“

Um das Finanzwissen der Österreicher ist es nicht gut bestellt. Die Finanzkrise und die darauf folgende Staatsschuldenkrise haben die Unsicherheit in weiten Kreisen der Bevölkerung verstärkt. Achterbahn sprach darüber mit dem Leiter des Instituts für populärwissenschaftliche Finanzwirtschaft und kreditwirtschaftliche Volksaufklärung, Prof. Thomas Neusprech.

Achterbahn: Herr Professor, wie kann man das Wissen der Österreicher rund um die Zusammenhänge sowie die Funktionsweise der Finanzwirtschaft nachhaltig verbessern?

Neusprech: Solange wir bei der traditionellen Schule der Finanzwissenschaft bleiben, ist das ein hoffnungsloses Ansinnen. Wir brauchen den Mut zu neuen Definitionen, vor allem aber brauchen wir den pointierten gesellschaftskritischen Zugang zu allen diesen Dingen.

Könnten Sie uns ein Beispiel geben?

Schauen Sie: Da ist praktisch täglich in der Börseberichterstattung oder in den Berichten über die Refinanzierung von hochverschuldeten Ländern von den Märkten die Rede. Die werden immer so gleichsam als letzte Instanz und als Tugendwächter der ordentlichen Finanzgebarung ganzer Staaten hingestellt. Das ist doch Mumpitz.

Wie würden Sie es der Öffentlichkeit besser erklären?

Also, diese sogenannten Märkte, das ist doch nichts anderes als die schamlose Zusammenrottung gieriger Anleger und Investoren, die ein komplettes Staatsgefüge ins Wanken bringen können. Die erdreisten sich doch tatsächlich, Zinsaufschläge zu verlangen, wenn jemand mehr Schulden als Jahreswirtschaftsleistung hat.

Aber auf den Märkten wird doch nur die Skepsis der Kapitalmärkte gegenüber dem Konsolidierungswillen von Regierungen offensichtlich ...

... was doch Teufelszeug ist. Die haben gefälligst Geld bereit- und nicht lästige Fragen zu stellen.

Aber wenn Sie zu einer Bank gehen und einen Kredit wollen, dann fragt man Sie ja auch nach Ihrem schon erreichten Schuldenstand, nach Ihrem Einkommen und Ihren Möglichkeiten, den Kredit in Zukunft auch zurückzuzahlen.

Das ist ja der eigentliche Unfug. Solange man so vorgeht, werden die meisten Menschen die Finanzwirtschaft nie verstehen. Es muss eben ein Grundrecht auf Kredit geben. Dieses muss für den Staat ebenso gelten wie für ein Unternehmen oder den privaten Haushalt. Erst wenn das verwirklicht ist, werden



„Die deutsche Bundeskanzlerin spricht da oft von der schwäbischen Hausfrau, die schon wisse, wie man die Haushaltsfinanzen im Zaum halte. Was soll ein Grieche mit einer schwäbischen Hausfrau anfangen?“

die Menschen der Kreditwirtschaft wieder mehr vertrauen.

Aber man kann doch – ob als Privater oder als Staat – nicht jahrelang mehr ausgeben, als man einnimmt.

Das ist einer dieser stockkonservativen Leitsätze traditioneller Finanzwissenschaft, die den Leuten schon zum Hals heraushängen. Die deutsche Bundeskanzlerin spricht da oft von der schwäbischen Hausfrau, die schon wisse, wie man die Haushaltsfinanzen im Zaum halte. Was soll ein Grieche mit einer schwäbischen Hausfrau anfangen?

Wenn aber die Schulden nicht mehr zurückgezahlt werden können ...

... dann muss es eben Rettungsschirme für jedermann geben. Das verstehe ich ja unter einem solchen Grundrecht.

Was passiert jedoch, wenn private Investoren dabei nicht mehr mitspielen?

Dann muss man eben auf gesetzlichem Wege die erforderliche Sparquote sicherstellen. Es gibt ja noch immer Menschen, die gern etwas zurücklegen. Die machen das derzeit überwiegend freiwillig, obwohl sie keine Realverzinsung mehr bekommen, weil das Zinsniveau so niedrig ist.

Wie wäre also Ihr diesbezügliches Modell?

Durch einen generellen Sparaufschlag zur Einkommen-, Lohn- und Körperschaftssteuer könnte man die

Sparquote gleichsam verstaatlichen. Das wäre die ideale Entsprechung zur Verstaatlichung der Banken. Eine Zwangsabgabe erhöht die Manövriermasse für die Kapitalmärkte, die Fremdfinanzierung kann ausgebaut werden, und alle sind glücklich.

Sie glauben im Ernst, dass sich eine solche Zwangsabgabe zur Vergemeinschaftung der Sparquote durchsetzen ließe?

Warum denn nicht? Bei der Rundfunkgebühr funktioniert es doch auch, ebenso bei den diversen Kulturbeiträgen für die Bundesländer, die an die Rundfunkgebühr gekoppelt sind. Da zahlen auch alle jene brav ein, die noch nie einen Konzertsaal von innen gesehen haben. Übrigens, aus Sicht der Banken und Sparkassen wäre das überhaupt die optimale Lösung. Alle speisen den staatlichen – Sparquoten-Fonds und ersparen sich die vor allem für die Institute so lästigen Verhandlungen über die Haben-Konditionen auf dem Sparbuch sowie bei anderen Sparprodukten.

Und wer bestimmt über die Verzinsung des Zwangssparens?

Die wird auf dem Verordnungswege im Halbjahresabstand kundgemacht. Je nach dem Refinanzierungsbedarf des Bundes. Sie müssen zugeben: Das wäre genial und würde endlich das ewige Gerede um schlechtes Finanzwissen der einzelnen Bürgers abrupt beenden. -üh-



Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halbernst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Sparefroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

DAS LETZTE WORT

Baisse beim Finanzwissen

Er ist der wohl meistverwendete Spruch des Bildungsbürgers, wenn es um die Bildungspolitik geht: Non scolae sed vitae discimus. Aber was tun wir, wenn uns die Schule auf das Leben nicht ausreichend vorbereitet?

Richtig, da gibt es ja noch Google und Wikipedia ... Nützt aber in vielen wichtigen Materien leider nichts! Beim Finanz- und Wirtschaftswissen jedenfalls nicht. Mit mittlerweile unschöner Regelmäßigkeit ergeben alle einschlägigen Tests und Untersuchungen in Österreich das erschreckende Bild: Mit dem Finanzwissen ist es hierzulande extrem schlecht bestellt.

Erst jüngst hat ein niederländischer Bankkonzern eine Umfrage aus insgesamt elf Ländern veröffentlicht. Fazit: Das Finanzwissen der Österreicher rangierte als Schlusslicht in der Tabelle, die Türkei wurde Sieger.

Man mag diesen Befund als singulär und nicht repräsentativ abtun. Doch dieser Wissenstest in Sachen Erkennen der Zusammenhänge rund um Geld, Kapital, Zinsen und Wertpapiere reiht sich leider nahtlos in eine große Zahl diverser Analysen, die stets zu den gleichen und gleichermaßen entmutigenden Ergebnissen kommen. Offensichtlich gelingt es dem österreichischen Schulwesen nicht, den Schülern und Studenten ausreichendes Wissen dafür zu vermitteln, dass sie später in Geld- oder Versicherungsangelegenheiten einigermaßen sicher Entscheidungen treffen können. Fast jede heimische Bank und auch die Versicherungswirtschaft verfügen mittlerweile über desillusionierende Studien dieser Art.

Es wird seitens der Kreditwirtschaft und des Versicherungsverbands in jüngster Zeit wieder mehr in die Vermittlung besseren Basiswissens investiert. Doch wenn der Basissockel fehlt, dann wird das ein Bohren dicker Bretter. Die österreichische Bildungspolitik war traditionell nie wirklich wirtschaftsaffin, zumindest was die Lehrinhalte betrifft. Obwohl die Formalqualifikationen der jungen Menschen seit Jahren ständig steigen, sinkt der Pegelstand des Wirtschafts- und Finanzwissens. Wäre interessant, was die zuständige Bundesministerin dazu denkt. Sie war ja einst im Vorstand einer Bank. -üh-

ERLESEN – ERHEITERT – ERLITTEN

„Zwölf Millionen Bankkunden verstaatlicht.“ Die „Presse“ zur Übernahme des spanischen Bankhauses Bankia durch den Staat

„Seit Merkel Audi fährt, verliert die Union.“ Aus einem Newsletter von „Welt online“

„Machen Sie es wie unser Team: Bleiben Sie daheim!“ Aus dem Werbebrief eines Wiener Elektrohändlers zum Thema Fußball-Europameisterschaft

„Ich habe mit Frau Minister Karl auch eine Arbeitsgruppe zur Fortpflanzungsmedizin auf Beamtenbene eingerichtet.“ Gesundheitsminister Alois Stöger in einem Zeitungsinterview

„Irgendwann kommt der Frühling wieder.“ Titel des jüngsten „Report“, der volkswirtschaftlichen Quartalsanalyse der Bank Austria

IMPRESSUM: Herausgeber, Redaktion: Österreichischer Sparkassenverband, Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien, E-Mail: info@sv.sparkasse.at
 Internet: www.sparkasse.at, Redaktion: Dkfm. Milan Frühbauer (Chefredakteur), Mag. Andreas Feichtenberger, Mag. Sandra Paweronoschitz, Mag. Helmut Reindl; Beirat: Mag. Michael Ikrath, Mag. Nicola Frimmel, Mag. Michael Mauritz
 Medieninhaber, Konzeption und Gestaltung: Kommunal-Verlag, Löwelstraße 6, 1010 Wien, www.kommunalverlag.at
 Diese Ausgabe wurde am 8.6.2012 redaktionell abgeschlossen. Der Druck erfolgt auf PEFC-zertifiziertem Umweltpapier.